

## Keine „friedvolle Adventszeit“ mit rechter Propaganda

Der Studierendenrat der Universität Freiburg, die DGB-Hochschulgruppe Freiburg und die Freiburger Stipendiat\*innen-Gruppe der Hans-Böckler-Stiftung sind über die Entscheidung des Badischen Verlags und der BZ-Chefredaktion, eine AfD-Beilage in *Der Sonntag* zu drucken, entsetzt.

Die AfD-Beilage ist in ihrem Inhalt rassistisch, diffamierend und hetzerisch. Dass der Badische Verlag dies zugelassen, zur Verbreitung beigetragen und damit – wie „wirtschaftlich [...] unbedeutend“ auch immer – Geld verdient hat, ist ein Skandal.

Das Mindeste wäre gewesen, demokratische Werte gegen solche Angriffe zu verteidigen, indem die rechte Propaganda in der gleichen Ausgabe journalistisch aufgearbeitet und bewertet wird.

Die Stellungnahme von Verleger Wolfgang Poppen und Chefredakteur Thomas Fricker ist ein Zeugnis ihrer mangelnden Kenntnis der rechtsradikalen Strukturen in Freiburg. Es ist dort die Rede davon, dass vor allem einer der AfD-Stadträte nicht im „demokratischen Grundkonsens“ stünde. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung? Auch der andere Stadtrat wie auch weite Teile der Freiburger AfD stehen dem völkischen Flügel und rechtsextremen Organisationen nahe. Detlef Huber ist nicht demokratischer gesinnt als Dubravko Mandić. Diese Fehleinschätzung ist für Journalist\*innen generell, insbesondere aber für einen Journalisten, der Leiter des Politik-Ressorts war, peinlich und unprofessionell.

Diese Bankrottentscheidung des Badischen Verlags, die Beilage zu drucken, wurde auf lange Sicht gesehen auf Kosten der Redakteur\*innen gefällt. Gerade in diesen für den Printjournalismus schwierigen finanziellen Zeiten ist es wichtig, sich nicht noch mehr Leser\*innen mit solchen enormen Fehlritten zu entledigen. Denn die Redakteur\*innen merken Einsparungen und fehlende Neubesetzungen als erste, beispielsweise an der erhöhten Arbeitsbelastung.

Alle Mitarbeitenden des Badischen Verlages sollten mitentscheiden dürfen, ob Beilagen oder Anzeigen rechtsextremistischer Akteur\*innen, die Journalist\*innen angreifen und bei ihrer Arbeit behindern, veröffentlicht werden. Dies gilt insbesondere auch aus Rücksicht gegenüber denjenigen, die diese Printerzeugnisse drucken oder ausliefern müssen.

Aus unserer Sicht ist es nicht mit einer öffentlichen Stellungnahme und der Einsicht, eine falsche Entscheidung getroffen zu haben, getan. Wir schließen uns den Aussagen und Forderungen des offenen Briefs des Ring politischer Jugend an und möchten zusätzlich folgendes fordern,

1. Mittel für eine intensive journalistische Recherchearbeit bereitzustellen, die sich inhaltlich mit rechtsradikalen, rassistischen und antidemokratischen Strukturen in Freiburg auseinandersetzt, Problemstellungen aufdeckt und kritisch beleuchtet.
2. für die (Chef-)Redakteur\*innen in den kommenden Jahren Fortbildungen zum Themenfeld „Umgang mit antidemokratischen Positionen und neuer Rechten“ bereitzustellen und zu finanzieren.
3. sicherzustellen, dass zukünftig keine antidemokratischen und/oder rechtsradikalen Inhalte in Form von Werbeanzeigen oder Beilagen der BZ oder in angeschlossenen Publikationen gedruckt und/oder verbreitet werden.

Wir begrüßen es, das 5.000 Euro an den Freiburger Verein: "Geraubte Kinder-vergessene Opfer" gespendet worden sind.

Gezeichnet:

